



**Matthäus Strebl**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und  
Soziales

## **Pressemitteilung** **„Deutschland ist ein ausgeprägter Sozialstaat!“**

### **Berlin.**

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Haushalt für 2015 beschlossen.

Der Dingolfinger CSU-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl weist auf den historischen Moment hin: „ Es ist erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969. Ihn hatte der damalige Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß vorgelegt!“ Der größte Etat steht dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu.

Zum ersten Mal seit über 40 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. Das ist das herausragende Ergebnis der Beratungen über den Etat 2015, den der Deutsche Bundestag diese Woche verabschiedet hat. Selbst Kritiker der Großen Koalition müssen dies als große Leistung der Bundesregierung eingestehen. Dem Bund stehen 2015 dann 299,1 Milliarden Euro zur Verfügung, die durch Steuern, Beiträge und Gebühren eingenommen wurden. Einige der Schwerpunkte im neuen Haushalt sind insbesondere die Stärkung der inneren Sicherheit, Investitionen in Forschung, Wirtschaft und Bildung, präventiver Hochwasserschutz, Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Gleisen und die Fortführung des Programms „altersgerechtes Umbauen“.

Berlin, 01.12.2014

**Matthäus Strebl, MdB**

#### **Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : [matthaeus.strebl@bundestag.de](mailto:matthaeus.strebl@bundestag.de)

[www.m-strebl-mdb.de](http://www.m-strebl-mdb.de)

Der Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl, der Mitglied im Ausschuss für Arbeit und



Soziales ist, hob hervor, dass der größte Einzelhaushalt, mit 125,5 Milliarden Euro, für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veranschlagt wurde. Das zeigt deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland ein ausgeprägter Sozialstaat ist. Die finanziellen Mittel würden insbesondere für die Errichtung einer Geschäftsstelle der Mindestlohnkommission, die Grundsicherung, die arbeitsmarktpolitische Leistungen und für die Programme für einen gleitenden Übergang in Rente, investiert werden. Angesichts des demografischen Wandels müssen der drohende Fachkräftemangel als auch das altersgerechte Arbeit besondere Aufmerksamkeit finden. Der Etat beweist, dass die Bundesregierung sich den richtigen Themen widme.

Auch die Rentenversicherung ist nachhaltig und verlässlich aufgestellt und verfügt über eine Rekordrücklage von 33,5 Milliarden Euro. Dies ermöglicht der Bundesregierung den Rentenbeitragssatz zum 01.01.2015 um 0,2 Punkte zu senken und damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten.

Matthäus Strebl erklärte, er sei mit der Schwerpunktsetzung des Haushaltes sehr zufrieden. Die Große Koalition unter der Führung von Angela Merkel nimmt die Herausforderungen der Zukunft an.